



15.541 Wahlberechtigte in Unna haben am 26. Mai 2019 ihre Stimme für die Sanierung der Eissporthalle abgegeben. Am Ende soll nun aber doch der Rat entscheiden, was aus der Immobilie wird. FOTO HENNES (A)

# Politik soll den Bürgerentscheid zur Eishalle in Unna wieder aufheben

Unna. In der Diskussion um die Zukunft des Eissports in Unna zeichnet sich eine Entscheidung ab. Die Sanierung der Eissporthalle am Bergenkamp wird immer unwahrscheinlicher. Stattdessen wird ein Neubau denkbar.

Von Sebastian Smulka

W elche Grundlagen dem Eissport in Unna künftig geboten werden, soll der Bürger in einem weiteren Urnengang festlegen. Die Option einer Sanierung der bisherigen Halle am Bergenkamp steht ihnen dabei vielleicht nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen wird der Neubau einer kleineren, aber technisch und energetisch zeitgemäßen Halle zu einer realistischen Option.

Auf diesen Kompromissvorschlag verständigte sich am Donnerstagabend der Hauptausschuss der Stadt, der pandemiebedingt als Erststadium des Rates tagt. Endgültig entschieden ist dies aber noch nicht: Die

Verwaltung hat den Auftrag bekommen, eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung am 16. Juni zu erstellen.

Auf zwei Dinge hat sich die Politik im Wesentlichen verständigt. Erstens: Nach dem Auslaufen der zweijährigen Bindefrist am zurückliegenden Mittwoch soll der Rat nun selbst darüber entscheiden, ob er den Bürgerentscheid zur Sanierung der Eissporthalle aufhebt. Der Gang der Diskussion lässt annehmen, dass dies auch geschieht.

Zweitens: Wie es dann weitergeht mit dem Eissport in Unna, soll ein Ratsbürgerentscheid festlegen – also ein Bürgerentscheid, der nicht aus der Bevölkerung heraus erwirkt wird, son-

dern auf Initiative des Rates selbst.

## Schwierige Frage für zweiten Bürgerentscheid

Die Verwaltung bekam den Auftrag, erste Vorbereitungen in die Wege zu leiten, diesen Bürgerentscheid zusammen mit der Bundestagswahl am 26. September durchzuführen. Über welche Frage die Bürger dann abstimmen sollen, müsste in der letzten Ratssitzung vor dem Sommer am 1. Juli festgelegt werden.

Grundlage für dieses Vorgehen ist die mehrheitliche Überzeugung im Hauptausschuss, dass es unsinnig sei, die von der Stadtverwaltung aufgezeigten Sanierungskosten von 12,5 Millionen Euro oder mehr in eine bereits 45 Jahre alte Halle zu stecken.

Zugleich bestätigte Bürgermeister Dirk Wigant, dass der Neubau einer Halle günstiger sein könnte. Eine exakte Kalkulation müsste für ein Vorhaben in Unna

individuell erstellt werden. Jedoch führte Wigant als Vergleichsmaßstab eine 2020 in Düsseldorf eröffnete Halle mit Baukosten von rund zehn Millionen Euro an. Die zuletzt aufgetretenen Zweifel an der 12,5-Millionen-Euro-Kalkulation der Stadt vertraten im Hauptausschuss nur Ingrid Kroll von Wir für Unna und Petra Weber von der Fraktion Linke plus. Die übrigen Fraktionen schenken der Verwaltung das Vertrauen. Unnas Technischer Beigeordneter Jens Toschlager wies die Kritik zurück und beklagte den Umgang mit der Verwaltung. „Berechtigte Kritik ist das eine. Aber wenn ihnen ein böser Plan unterstellt wird, von Lügen und Manipulation die Rede ist, dann macht das etwas mit den Menschen, die hier in der Verwaltung ihre Arbeit erledigen“, sagte er. In diesem Sinne stelle er sich auch vor seine Mitarbeiter: „Wir haben einen Auftrag abgear-

beitet und wir haben ihn gut abgearbeitet.“

Inhaltlich setzte sich Toschlager nicht mit den Fragen auseinander, wie sie zuletzt etwa der KJEC mit einer Gegenrechnung aufgeworfen hatte. Die Politik – mit Ausnahme von Kroll und Weber – stützte sich in ihrer Debatte allein auf die Zahlen der Stadt, kam dabei aber zu unterschiedlichen Folgerungen. Die Idee, ein Neubauschenario zumindest prüfen zu lassen, vertreten am deutlichsten Klaus Göldner von der FLU und Rudolf Fröhlich von der CDU. Fröhlich war mit Stimmen der Grünen der deutlichste Fürsprecher eines weiteren Bürgerentscheids. Michael Tietze von der SPD brachte schließlich den Gedanken ein, dass der Rat zunächst separat über den Umgang mit dem alten Bürgerentscheid entscheiden könnte, bevor man dem Bürger im zweiten Schritt ein neues Angebot macht.

## Meinung

### Machtkampf mit der eigenen Bevölkerung

Von Sebastian Smulka

Das war es also nun vermutlich mit der Rettung der Eishalle. Und das war es nun wohl auch mit der Idee, dass der Wille des Bürgers in der Stadt Unna zählen könnte. Dass sich die Politik nur einen Tag nach Ablauf der zweijährigen Schutzfrist darauf verständigt, den Bürgerentscheid zur Eissporthalle mit einem einfachen Ratsbeschluss wieder aufzuheben, sendet ein verheerendes Signal aus.

Die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger von Unna lautet: „Es ist uns egal, was ihr wollt. Wir ma-

chen das, wie wir es wollen.“

Es mag ja vielleicht wirklich Gründe dafür geben, von einer Sanierung der Eishalle doch Abstand zu nehmen. Aber diese hätte man der Öffentlichkeit darlegen müssen, und zwar so, dass sie akzeptiert werden. Erkennbar gibt es auch Zweifel an dem 12,5-Millionen-Euro-Szenario, das die Stadt für eine Sanierung vorgelegt hat, und auf diese Fragen hätte man eingehen müssen. Das ist nicht passiert.

Die Stadtverwaltung hat sich zwar Zeit genommen, um für den Hauptausschuss

eine empörte Stellungnahme zum Schärfegrad der Kritik vorzubereiten. Aber auf den inhaltlichen Kern dieser Kritik ging sie gar nicht ein – sieht man von der pauschalen Aussage von Bürgermeister Dirk Wigant ab, dass die Verwaltung Experten habe und die andere Seite eben nicht.

In so einer Situation wäre es die Pflicht der Politiker gewesen, im Sinne der Bürger nachzuhaken, die Differenzen der Beträge bei Stadt, KJEC und UöE zum Thema zu machen und überzeugende Aufklärung zu fordern. Das allerdings haben bis auf Ingrid Kroll

und Petra Weber alle Mitglieder des Hauptausschusses unterlassen.

Für die Mehrheit der Politik reichten die Empörungsaussagen der Stadtverwaltung zur Überzeugung aus: Dass es die Sanierung wirklich nicht günstiger gebe als für „12,5 Millionen Euro plus“ schien einfach als Fakt, den die meisten Gewählten vertrauensselig als Entscheidungsgrundlage verwendeten.

Das allein ist bereits schade. Wirklich schlimm ist, wie die Politik ihre Mehrheitsmeinung nun durchsetzen will. Ihr einfacher Beschluss im Rat soll das Bür-

gervotum kippen. Ja, das ist zulässig. Aber nicht alles, was rechtens ist, ist auch richtig so.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt als Rat einen Bürgerentscheid aufzuheben, ist ein Machtkampf mit der eigenen Bevölkerung, der das Vertrauen in das demokratische System beschädigt.

Einigen Ratsmitgliedern scheint dies sogar bewusst zu sein, wie sie in ihren Wortbeiträgen schilderten. Sie wollen am 16. Juni also nicht nur gegen ihre Wähler stimmen, sondern auch gegen die eigene Überzeugung.